

85/PET XXII. GP

Eingebracht am 30.03.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Petition

Abgeordnete zum Nationalrat
Erika Scharer



Parlamentsfraktion

An den
Präsidenten des Nationalrates
Univ.-Prof.Dr. Andreas Khol

Parlament
1017 Wien

Wien, 30. März 2006

PETITION: „Optimierung statt Reduzierung des Öffentlichen Verkehrsangebots im Oberpinzgau“

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der Anlage überreiche ich Ihnen gem. § 100 (1) GOG-NR die Petition betreffend „Optimierung statt Reduzierung des Öffentlichen Verkehrsangebots im Oberpinzgau“.

Mit der Bitte um geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieser Petition verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Erika Scharer

Anlage

P E T I T I O N

Optimierung statt Reduzierung des Öffentlichen Verkehrsangebots im Oberpinzgau

„Nicht jeder hat seinen Arbeitsplatz direkt vor der Haustür. Aber wie weit Sie als Pendler auch zu fahren haben, mit den ÖBB kommen Sie entspannt, zuverlässig und pünktlich an Ihr Ziel.“ ist auf der Homepage der österreichischen Bundesbahnen www.oebb.at zu lesen.

Für die Oberpinzgauer Pendlerinnen und Pendler, die auf dem Streckenabschnitt Zell am See - Mittersill - Krimml unterwegs sind, klingt das wie ein Hohn. Die Frage, ob wir entspannt, zuverlässig und pünktlich an unser Ziel kommen, stellt sich erst gar nicht, denn mit Einführung des neuen Fahrplans 2005/06 wurden etliche Verbindungen gestrichen!

Die Angebote des öffentlichen Verkehrs sind in unserer Region in den letzten Jahren drastisch reduziert worden. Schuld an dieser Miesere ist die verfehlte Verkehrspolitik der Bundesregierung - insbesondere im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Einerseits hat man durch die Filetierung der ÖBB einem erfolgreichen Unternehmen mutwillig eine neue Struktur gegeben, andererseits werden die Prioritäten insgesamt falsch gesetzt und zu wenig in den öffentlichen Verkehr investiert.

Durch den von der Bundesregierung verursachten Kostendruck auf die ÖBB sahen sich diese in den vergangenen Jahren gezwungen, ihr Angebot zum Teil drastisch einzuschränken.

Massiv betroffen sind davon insbesondere Regionen mit einer niedrigen Bevölkerungsdichte. Innerhalb dieser Regionen wirken sich diese Einsparungsmaßnahmen wiederum vor allem auf Frauen verheerend aus. Das betrifft ganz besonders auch die Frauen im Pinzgau.

Für Frauen in ländlichen Regionen ist das Vorhandensein von bedarfsgerechten öffentlichen Verkehrsmitteln ein ganz entscheidender Faktor, um den Zugang und die Chancen am Arbeitsmarkt zu sichern. Vollzeitjobs sind Mangelware, für die gewöhnlich sehr lange Wegstrecken zurückgelegt werden müssen.

Es ist zu befürchten, dass es mit der drohenden Veränderung des öffentlichen Personennahverkehrs zu weiteren Einsparungen kommen wird. Denn die Pläne der Bundesregierung, die Verantwortung des öffentlichen Personennahverkehrs an die Bundesländer abzuschieben, zwingt diese in eine unlösbare finanzielle Situation, die auch Gemeinden betreffen und weitere Einsparungsmaßnahmen zur Folge haben wird.

Faktum ist: Es besteht akuter Handlungsbedarf, dem sich die Bundesregierung beharrlich entzieht. Das wird auch durch den Bericht der Bundesregierung betreffend Abbau von Benachteiligungen von Frauen, Berichtszeitraum 2003 - 2004 untermauert. Demzufolge kann das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie kein einziges Projekt zur Förderung der Mobilität von Frauen aufweisen. Das ist beschämend.

Die Fahrgastinitiative Oberpinzgau fordert daher:

Das Angebot des öffentlichen Verkehrs muss auf die Bedürfnisse der Pendlerinnen und Pendler abgestimmt werden. Es geht nicht nur um die ökologisch und ökonomischen Vorteile, die ein gut funktionierendes öffentliches Verkehrsangebot zweifelsohne mit sich bringt. Vor allem geht es auch darum, dass viele Menschen schlichtweg auf diese Verkehrsmittel angewiesen sind, um an ihre Arbeitsstätte zu kommen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Mobilitätsgarantie ins Leben zu rufen, die die Beibehaltung bzw. den Ausbau öffentlicher Verkehrslinien zum Ziel hat.

Weiters muss sichergestellt werden, dass Länder und Gemeinden nicht vor unlösbare finanzielle Probleme gestellt werden, die sie dazu zwingen, die Angebote des öffentlichen Verkehrs zu reduzieren oder ganz abzuschaffen.

Konkreter Anlassfall ist, dass das Busangebot auf der Linie 3421 zumindest wie im Fahrplan 2004/05 an Samstagen, Sonn- und Feiertagen wiedereingeführt werden muss:

- Samstags: Kurs um 05:20 Uhr von Mittersill - Zell am See sowie
- Sonntags: Zugsanbindung Krimml - Mittersill (Zug 06:32 Uhr ab Mittersill)

- Außerdem wird die Durchführung des Kurses 112 (Krimml ab 6:58 Uhr, Mittersill an 7:36 Uhr) bis Zell am See sowie
- die Aufhebung der Einschränkung - "Bus hält nur zum Aussteigen" - auf den Kursen 108 und 110 zwischen Mittersill und Zell am See gefordert.

30. März 2006

Gabriele Ruetz
Sprecherin der Fahrgastinitiative Oberpinzgau

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Scharer,

Wir haben Ihnen heute eine Petition der Fahrgastinitiative Oberpinzgau für den parlamentarischen Petitionsausschuss überreicht und bitten Sie, diese mit all Ihrer uns zu unterstützenden Kraft weiterzuleiten.

Die Petition ist ein Hilferuf der in dieser Region lebenden und arbeitenden Menschen. Wir benötigen ein gut funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz, das optimiert und nicht reduziert gehört. Wie sehr dieses Anliegen von der Bevölkerung unterstützt wird, belegen auch die 2.500 Unterschriften.

Besten Dank für Ihre Hilfe

Gabriele Ruetz